Nummer 389. XXVIII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Mittwoch, 2. August 1899.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Agrarier, Opposition und Regierung.

Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des „Bundes der Landwirthe", ereifert sich darüber, daß eine Anzahl von Handelskammern, die die gesetzmäßige Vertretung des Kaufmannsstandes und der Gewerbetreibenden sind, in ihren Berichten Stellung zu den schwebenden wirthschaftspolitischen Fragen, die für die Angehörigen dieser Berufsgruppen von höchster Bedeutung sind, nehmen; sie beklagt sich bitter über die „Opposition" der Handelskammern gegen die Wirthschaftspolitik der Regierung. Diese zum Theil ganz ungerechtfertigten Beschwerden nehmen sich etwas sonderbar aus in einem Blatte, dessen Spalten gerade in der letzten Zeit oftmals mit den unerhörtesten Angriffen und Verdächtigungen der Regierung und der Minister angefüllt waren.

Anlaß zu der beweglichen Klage des Agrarierblattes ist die in dem Berichte des Vorsteheramtes der Danziger Kaufmannschaft ausgesprochene Hoffnung und Zuversicht, daß die Regierung die Erneuerung der Handelsverträge, insonderheit des russischen, trotz des agrarischen Widerstandes durchsetzen würde; ferner die Behauptung in dem Bericht der Berliner Aeltesten der Kaufmannschaft, daß der Viehhandel infolge des Einfuhrverbots mit höheren Preisen zu rechnen hatte, sowie die in verschiedenen Handelskammerberichten enthaltenen Nachweise von den schädlichen Wirkungen des Verbotes des Terminhandels, die außer den Kaufleuten auch verständige Landwirthe schon längst nicht mehr leugnen.

Man wird zugeben müssen, daß bei der Erörterung dieser Fragen die Handelskammern nicht über den Rahmen dessen hinausgegangen sind, was sie zur Wahrung berechtigter Interessen zu thun verpflichtet waren.

Wenn in Bezug auf die zukünftige Handelspolitik die „Deutsche Tageszeitung" die Behauptung aufstellt: „Die verbündeten Regierungen haben mehrfach die Ansicht vertreten, daß die Handelsverträge aus Caprivischer Zeit den wohlverstandenen Interessen des Volkes nicht entsprechen", so ist hier sicht der Wunsch allein der Vater des Gedankens gewesen, nicht — Thatsachen. Denn der Staatssekretär des Auswärtigen, der Graf von Bülow, hat sich im Reichstage mit aller Entschiedenheit für die Handelsvertragspolitik ausgesprochen. Auch die fernere Behauptung des Agrarierblattes: „Insbesondere ist man sich innerhalb der verbündeten Regierungen zweifellos darüber einig, daß die Landwirthschaft eines bedeutend besseren Schutzes bedarf, daß eine Erhöhung der Getreidezölle ꝛc. völlig unabweislich ist", dürfte bei den verbündeten Regierungen weniger bekannt sein und Glauben finden als bei den Lesern der „Deutschen Tageszeitung".

Es wird hier wieder einmal der alte agrarische Taschenspielertrick angewendet, die „Landwirthschaft" mit den Interessen der Großgrundbesitzer zu identifiziren. Mit vollem Recht hatte der Danziger Bericht, der deshalb gerade den Zorn des Bündlerblattes erregt hat, auf die Gefahr einer Ueberwucherung des agrarischen Einflusses hingewiesen: „Mit banger Sorge verfolgt man das verkehrs- und handelsfeindliche Gebaren einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe von Politikern, deren Ziel die Rückführung von Zuständen ist, die einer längst entschwundenen Epoche des wirthschaftlichen und sozialen Lebens angehören."

Die Opposition der Handelskammern gegen die Wirthschaftspolitik der Regierung, so meint das Bündlerblatt, hätte der Fürst Bismarck, der bei der „Deutschen Tageszeitung" der Retter in allen Nöthen ist, nicht geduldet; seine Regierung hätte sich dadurch aus, „daß sie sich von den ihr nachgeordneten Organen unbedingten Gehorsam zu erzwingen wußte."

Ei, da wäre es aber — wenn die Kanalfrage unter dem Fürsten Bismarck zu lösen gewesen wäre — den „nachgeordneten Organen" der Regierung, den Landräthen und Präsidenten, die in dieser Frage der Regierungspolitik die größte Opposition machen, schlecht ergangen! Und was wäre geschehen bei dem Kampf gegen die Caprivischen Handelsverträge? Für die Opposition dieser Elemente hat die „Deutsche Tageszeitung" aber kein Wort des Tadels; im Gegentheil! Wenn jedoch die Handelskammern mit der Regierung gegen die Agrarier die Handelsverträge fortführen wollen, so werden sie von demselben Blatt der Regierung wegen unstatthafter Opposition denunzirt.

---

* Der **neue deutsche Zolltarif** ist seiner Form nach im Reichsschatzamte beziehungsweise Reichsämte des Innern, fertiggestellt. Der ursprüngliche uns vorliegende Entwurf, welcher in zwanzig Hauptabschnitten mit einer Reihe von Unterabtheilungen zerfällt, ist im Wesentlichen unverändert geblieben. Es sind 1881 Positionen vorgesehen. Für den Kaufmann, der zollpflichtige Waaren vom Auslande einführt, wird sich die Informirung für die in Anwendung zu bringende Position wesentlich einfacher als bisher gestalten, da in dem alten Tarif ganz heterogene Gegenstände in einer Hauptnummer vereinigt waren, so daß es äußerst schwierig war, sich darin zurechtzufinden. In dem neuen Tarif sind die Sammelbegriffe, die mehrere einzelne Tarifstellen umfassen, durch Vorsetzen von deren Ziffern gekennzeichnet, ähnlich wie dies in dem französischen, italienischen, österreichischen, rumänischen, russischen und schweizerischen Zolltarif der Fall ist. Die Genehmigung der einzelnen Bundesstaaten zu dieser Form wird im Laufe dieses Jahres herbeigeführt werden. Darauf wird der Entwurf dem wirthschaftlichen Ausschuß zum Gutachten unterbreitet und, wie es heißt, im Anfang des künftigen Jahres veröffentlicht werden. Ob dies richtig ist, erscheint uns zweifelhaft, denn eine solche Veröffentlichung hat unseres Erachtens erst dann vollen Werth, wenn der Zolltarif auch bereits die vorgeschlagenen Zollsätze enthält. Diese sollen aber später erst eingefügt werden. In dem Entwurfe sind zwar bereits alle Petitionen um Erhöhung oder Herabsetzung von Zollsätzen in den breiten Bemerkungsspalten aufgeführt, zum Beispiel Anträge von landwirthschaftlichen Vereinen auf Erhöhung gewisser Zölle für Vieh und so weiter, von Helgoländer Fischern auf Zollbefreiung selbstgefangener Hummer und so weiter, aber ohne daß dazu die Stellung der Regierung gekennzeichnet ist. Die Handelsverträge mit den Nachbarstaaten laufen erst mit dem Jahre 1903 ab, und so lange muß der alte Tarif gelten, denn die darin enthaltenen Zollsätze können bis dahin nicht geändert werden. Die Verhandlungen über die Erneuerung dieser Verträge werden mit der Feststellung der neuen Zollsätze Hand in Hand gehen, wobei die Wünsche der Landwirthschaft, des Handels und der Industrie so weit möglich zur Berücksichtigung kommen sollen.

---

* Die Errichtung eines **Reichsarbeitsamtes** ist in jüngster Zeit wiederholt von liberaler Seite empfohlen worden; es scheint aber jetzt ausgemacht zu sein, daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen soll. Ueber die Entwickelung der Angelegenheit wird nämlich in den „B. P. N." offiziös geschrieben:

Auf eine Anregung aus der Mitte des Reichstages heraus hat der Reichskanzler die Bundesstaaten aufgefordert, durch ihre Gewerbeaufsichtsbeamten Erhebungen über die Gründe und Wirkungen der Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken veranstalten zu lassen. Zwecks Vornahme der Erhebungen sind in den einzelnen Staaten Fragebogen ausgearbeitet, und weil diese Fragebogen nicht übereinstimmen, deshalb hält man in den erwähnten Kreisen die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes für eine Nothwendigkeit. Würde vorausgesetzt werden können, daß die Ausarbeitung einheitlicher Fragebogen für die in Rede stehende Erhebung wirklich zweckmäßig gewesen wäre, so würde sich die Einheitlichkeit auch bei der gegenwärtigen Behördenorganisation leicht haben erzielen lassen. Entweder hätten sich die Einzelregierungen unter einander verständigen können, oder der Reichskanzler hätte ein einheitliches Schema den Einzelregierungen empfehlen können. Von der Nothwendigkeit der Errichtung eines Arbeitsamtes zur Erzielung der Einheitlichkeit in der Herstellung von Fragebogen für Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten kann also selbst unter der Voraussetzung der Zweckmäßigkeit einer solchen Einheitlichkeit nicht die Rede sein. Diese Voraussetzung trifft aber gar nicht einmal zu. Daß die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse wie überhaupt die Fabrikerhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten nicht gleich sind, wird man auch in den erwähnten sozialpolitischen Kreisen wissen. Gerade als ein Vorzug der gegenwärtigen behördlichen Organisation muß anerkannt werden, daß diesen Verschiedenheiten auch bei Erhebungen Rechnung getragen werden kann. Ein Reichsarbeitsamt würde dazu nicht im Stande sein. Was als ein Nachtheil der gegenwärtigen Organisation hingestellt wird, ist gerade ihr Vorzug. Es kann also von der Einbringung eines Beweises der Nützlichkeit des Reichsarbeitsamtes nicht die Rede sein.

Wir halten diese Ausführungen für ganz und garnicht durchschlagend. Die Gründe, die im Reichstage für die Schaffung eines solchen Amtes angeführt worden sind, werden durch diese lediglich auf einen Einzelfall bezüglichen Bemerkungen natürlich nicht widerlegt. Die letzteren beweisen vielmehr, daß man in Regierungskreisen, ohne gute Gründe anführen zu können, gegen die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes Stimmung zu machen sucht.

*

Nach allerhöchster Bestimmung sind die Versuche mit der **allgemeinen Arbeitsvermittelung für zu entlassende Mannschaften** einzustellen und die Generalkommandos angewiesen, in Zukunft ausschließlich die in den einzelnen Provinzen von den Landwirthschaftskammern bereits eingerichteten Arbeitsnachweise für ländliche Arbeiter möglichst zu unterstützen. Eine Arbeitsvermittelung für städtische Stellen oder für die Industrie soll unterbleiben, ebenso die Betheiligung der Kriegervereine bei der Durchführung der von den Generalkommandos nach Benehmen mit den Landwirthschaftskammern zu treffenden Maßnahmen.

---

* Nachdem, wie mitgetheilt, das auf der Ausreise befindliche Kanonenboot **„Jaguar"** den Befehl erhalten hat, mit dem Gouverneur des Kaiser Wilhelms-Land nach den neuerworbenen Inseln der Südsee zu dampfen und die Flaggenhissung auf den **Karolinen-, Palaos-** und **Marianeninseln** vorzunehmen, dürften folgende Angaben interessiren: Der „Jaguar", ein Schwesterschiff des „Iltis", ist im vergangenen Jahre auf der Schichau-Werft vom Stapel gelaufen und hat am 1. Juni von Kiel aus die Reise nach Ostasien angetreten. Das Schiff befindet sich augenblicklich auf der Fahrt von Kolombo nach Singapore und sollte ursprünglich nach Hongkong weiter gehen. Nunmehr wird der „Jaguar" von Singapore nach dem Bismarck-Archipel gehen und im Hafen von Matupi Anker werfen. Der Aufenthalt des Kanonenbootes im neuen Schutzgebiet wird nur von kurzer Dauer sein. In Matupi ist jetzt das Vermessungsschiff „Möwe" stationirt. Es wird angenommen, daß die „Möwe" nach der Beendigung der Arbeiten im Bismarck-Archipel Befehl erhält, Vermessungen in den Gewässern der Karolinen, Palauinseln und Marianen vorzunehmen, da die Seekarten dieses Gebietes mannigfache Mängel und Ungenauigkeiten enthalten.

---

* Die Frage der **Landkonzessionen in unseren Kolonien** wird von Dr. H. Wagner, welcher durch seine Veröffentlichungen über die Forschungsreisen des Dr. Esser Aufsehen erregte, einer Besprechung in der Zeitschrift „Der Weltmarkt" unterzogen. Wir haben dem Gegenstand unsere Aufmerksamkeit gewidmet, als während der Tagung des Kolonialrathes vor einigen Wochen in nicht ganz durchsichtiger Weise die kolossale Landkonzession in Kamerun Dr. Schöller u. Gen. genehmigt wurde. Wagner geht zu weit, wenn er den Ruin der Kolonien durch derartige Konzessionen voraussieht; er hat aber darin nicht ganz Unrecht, daß Kamerun nur noch für einzelne internationale Börsenmänner Interesse hat, für die Allgemeinheit der Handeltreibenden aber verloren ist. So lange ein Weiterverkauf von Konzessionen, stückweise oder im Ganzen, nicht vollkommen ausgeschlossen ist, so lange nicht mit der Gewährung so erheblicher Vortheile eine Anzahl von scharfumschriebenen Pflichten unlösbar verknüpft ist, wozu ein Anfang allerdings in der Konzession Schöller gemacht wurde, so lange erklären wir solche Bewilligungen für gegen das Staatsinteresse gerichtet und haben schwere Bedenken, die Hergabe weiterer Mittel für den Ausbau der Kolonien, das heißt überwiegend für die Erhöhung des Besitzwerthes einer kleinen Gruppe von Finanzmännern, gutzuheißen.

Bei Dr. Moser,

dem Erfinder des Resonanzklaviers.

(Nachdruck verboten.)

„Resonanzklavier! Resonanzklavier! Wohin ich kam, hörte ich nur vom Resonanzklavier! Ich habe prinzipiell gegen alle Sachen, von denen viel geredet wird, ein heilloses Mißtrauen, weil man nie wissen kann, wer unter den „Hinzuhörenden" alles zu den subjektiven Fremden des „glücklichen Gewinners" gehört.

Zwei Sachen aber frappirten mich: der russische Pianist Toepffer, eben aus Dorpat gekommen, sprach mir in den geistreichsten Worten über dies Klavier, — er, der sonst sehr wenig begeisterungsfähig ist, — und der feinfühlige, edle Musiker Dr. Moser sprach mir mit solchem Ernst und solcher Ueberzeugtheit von dem „singenden" Klavier, daß ich schon beinahe neugierig war, die Sache nicht als direkten Schwindel zu betrachten.

Auch Dr. Mannreich, der vortreffliche Stuttgarter Baritonist, und Dr. Moser selbst forderten mich wiederholt auf, mich von dem Instrument selbst zu überzeugen.

Ja, denn man los! dachte ich, ersuchte die Konzertgebern Elsbeth Heine, mit mir zu gehen, um etwas mit Begleitung zu singen, und nach endlosem Suchen (da sowohl Ich als zwei Pferdebahnkutscher sich fest einbildeten, die Habsburgerstraße müsse bei der Gedächtnißkirche liegen; liegt aber nicht dort, sondern dicht beim Winterfeldt-Platz) erreichten wir Dr. Mosers Heim.

Er selbst, eine hohe Gestalt im katholischen Priestergewand, langem herabhängenden Künstlerhaar à la Liszt, nur daß dessen Haarfall concav und das Mosers convex liegt, langen, weichen Künstlerhänden, Brille, einer ganz gediegenen, aber nicht schönen Nase, einem Mund, der meist zerstreut lächelt, Augen von unbestimmter Farbe, die sich beim Sprechen oft schließen, wobei er den Kopf nach rückwärts legt, — empfing uns in seinem in englischer Renaissance gehaltenen Arbeitszimmer, das angenehm verdunkelt war. Er bedankte sich höflich für unseren Besuch und sprach zuerst über seine Erfindung, vor dem Schreibtisch sitzend.

„Alle musikalischen Instrumente bewegen sich dem Idealton gegenüber in einer gewissen Fehlergrenze; der Fehler und also auch der Verlust an Schönheit ist aber nicht so groß, daß er von unserem Klanggefühl peinlich empfunden würde. Am meisten empfunden wird er beim Klavier. — Bis zum Jahre 1879 suchte ich die Geringwerthigkeit des Klaviertons in dem mangelhaften Fabrikat. Durch eine genaue, tagelange Untersuchung von zwei Original-Steinway-Flügeln wurde ich von diesem Urtheil geheilt. Also: die Fabrikation, das System mußte geändert werden, und da konnte von den drei tonbildenden Faktoren, Saiten, Hammerkopf und Resonanzboden, offenbar nur letzterer in Frage kommen. Es galt, ihm sein Geheimniß abzulauschen — wörtlich genommen. Durch Hören und immer wieder erneutes Hören, das sich nicht auf die Stärke des Klanges, sondern auf seine Zusammensetzung aus den einzelnen Tönen richtete, dämmerte allmälig die Erkenntniß, daß das akustische Spektrum des Klaviertones, wie ich es nannte, fehlerhaft sei. Manche Linien, die des Grundtones namentlich, erschienen zu schwach, — andere (gewisse Obertöne) hätten gar nicht dasein dürfen, wenn die innere Harmonie ungestört bleiben sollte. Die Thatsache, daß die alten Wiener Flügel (Streicher) und die älteren Tafelklaviere viel reinere Töne aufwiesen, führte dann zur Ueberzeugung, daß das Mißverhältniß zwischen der spezifisch sehr schweren Gußstahlsaite und dem dünnen, leichten Resonanzboden schuld sei, wenn der Klavierton trotz aller Kunst des Anschlages hart und leer blieb und neben der menschlichen Stimme, der Orgel und dem Orchester stets wie etwas Fremdes empfunden wurde. — Doch ich langweile Sie mit diesem Vortrag —" unterbrach er sich.

„Nein, — um Gotteswillen, im Gegentheil!" rief Fräulein Heine rasch, die aufhorchend, weit vorgebeugt dasaß.

„In meiner Schrift, die in den nächsten Monaten erscheinen soll, werden Sie den Nachweis finden, wie dieses Fremdartige dieser Abstand gegen den ideal schönen Ton, den unser Klanggefühl verlangt, theoretisch zu erklären ist. Wichtiger ist mir, daß Sie sich praktisch überzeugen, in welch vollkommenem Maße die neue Konstruktion alle, auch die höchsten Forderungen erfüllt, die der Musiker an ein Instrument stellen kann. Beim ersten Anschlag schon werden Sie hören, daß das Instrument und nicht der Anschlag die neue Tonqualität verursacht; wie sonderbar ist es, wenn man glaubt, der Pianist könne durch seine Muskeln, Sehnen und Nerven und durch Tausende von Uebungsstunden ersetzen, was dem Instrument an Tonschönheit gebricht."

Dabei erhob er sich, wir traten in einen Nebenraum, in dem sich zwei Tafelklaviere, ein Pianino und ein Mason- und Hamlin-Harmonium befanden. Sämmtliche Klaviere waren von verschiedenen Firmen, jedoch mit dem Moserschen Resonanzboden versehen.

„Sie sehen kein Vergleichsklavier im Zimmer, und hoffentlich haben Sie auch danach kein Verlangen." Hier lächelte Moser mit ironischem Behagen, seine Haare zurückstreichend. „Wer bei einem Claude Lorrain sich nach einer Schülerlandschaft umsieht, um sich klar zu werden, ist für die Kunstkritik und das Kunstverständniß wohl weniger geeignet."

Moser setzte sich an den Flügel und spielte das Volkslied „Zu Strahburg auf der Schanz", erst gebunden, dann nur mit einem Finger: die Wirkung war dieselbe, eine erstaunliche. Wenn ich auch nicht berufen bin, als Kritiker zu schreiben, so ist es doch unerläßlich, hier meine subjektiven Beobachtungen aufzuzeichnen.

„Der Ton besitzt eine gegenüber den jetzigen Klavieren fast unbegrenzte Dauer; eine Modulations- und Tragfähigkeit in allen Stärkegraden, die erstaunlich ist." Das sind die Worte Dr. Mucks, welche ich hier statt der meinigen anführe; denn er sagt es besser, was ich selbst empfunden habe.

„Wenn es nun wahr ist, daß das Klavier zu dieser relativen Vollkommenheit gediehen ist," fuhr Dr. Moser fort,